

Der folgende Text beruht auf einem Referat vor den Teilnehmern einer Bildungsreise nach Paris der österreichischen „Grünen Akademie“ am 25. Juni 2011

Rotgrüne Kommunalpolitik in den volkstümlichen Bezirken des Pariser Nordostens

Historische und soziologische Voraussetzungen, Bilanz, neue Herausforderungen.

Von Danny Leder, Paris

Ich wohne und arbeite seit rund 30 Jahren in Paris, genauer gesagt im volkstümlichen Pariser Nordosten. Von diesen Bezirken aus erfolgte die schrittweise Eroberung der Pariser Stadtverwaltung durch jene politischen Kräfte, die man in Frankreich unter dem Sammelbegriff „la Gauche“ (die Linke) subsumiert: die Sozialistische Partei (die Schwesterpartei von SPÖ und SPD), die Grünen und kleinere Linksparteien, darunter die extrem geschrumpfte KP. Ich konnte den Siegeszug der Linken in Paris, quasi live, in meiner Umgebung miterleben.

Die bürgerlich-konservativen Kräfte verfügten von 1871 bis 2001 über eine ungebrochene politische Vorherrschaft in der Stadt Paris. Dabei sprechen wir von dem so genannten „Paris intra-Muros“ (2,2 Millionen Einwohner), das sich verwaltungsmäßig von seinem ausgedehnten Vorortegürtel scharf abhebt (die Pariser Großregion, Ile-de-France, umfasst 12 Millionen Einwohner). Einiges worunter die Stadt Paris leidet, namentlich der Mangel an sozialer Durchmischung und sozialem Wohnbau, liegt in dieser langen bürgerlichen Dominanz begründet.

Um den grundlegenden politischen Wandel des letzten Jahrzehnts in Paris zu verstehen, muss man die vorhergehende, letzte bürgerlich-konservative Amtsperiode ins Auge fassen: von 1977 bis 1995 amtierte Jacques Chirac als Pariser Bürgermeister. Anschließend, als Chirac zum französischen Staatspräsidenten gewählt wurde, übernahm sein engster Mitarbeiter, der vorherige Vizebürgermeister Jean Tiberi, die Führung des Pariser Rathauses bis 2001.

Drei Faktoren fallen bei der Bilanz der Chirac/Tiberi-Periode ins Gewicht:

- Chirac und Tiberi beschränkten die Entwicklung des bereits geringen Sozialwohnbaus. Die bürgerliche Strategie bestand darin, den Anteil der Arbeiterwähler in der Stadt möglichst niedrig zu halten. Diese Wähler, die damals noch überwiegend den Linksparteien die Treue hielten, wurden in den so genannten „Roten Gürtel“ verdrängt, also in jene Vororte jenseits der Pariser Stadtgrenze, die lange Zeit unter der politischen Vorherrschaft der Kommunistischen Partei standen.
- Die Rathausmehrheit unter Chirac und Tiberi war in eine Vielzahl von Pfründe- und Korruptionsaffären verwickelt, dazu kamen noch nachgewiesene Wahlfälschungen. Tiberi und der damalige Finanzstadtrat (und nunmehrige Außenminister) Alain Juppé wurden nachträglich für einen Teil dieser Vergehen von der Justiz verurteilt. Der mutmaßliche Auftraggeber und Hauptnutznießer, Chirac, entging aber die längste Zeit, dank seiner Immunität als Staatschef (1995 bis 2007) und einer willfährigen Justiz, einem Gerichtsverfahren. Ein mehrfach vertagter Prozess ist nunmehr für September 2011 anberaumt. Die Bevölkerung äußert gegenüber dem inzwischen 79 jährigen Ex-Staatschef eine höchst ambivalente Haltung: einerseits befürwortet laut Umfragen eine Mehrheit einen Prozess gegen Chirac wegen der Pariser Affären. Chirac verkörpert aber gleichzeitig eine Art von Kontrast gegenüber der rechtslastigeren und provokanteren Amtsführung des aktuellen Staatschefs Nicolas Sarkozy (Chirac verhöhnte auch mehrfach seinen Nachfolger). Deswegen verfügt Sarkozys Vorgänger neuerlich über hohe Popularität. In diesem Kontext hat der jetzige sozialistische Pariser Bürgermeister, Bertrand Delanoë, ein Arrangement mit Chirac akzeptiert: die Gemeinde Paris hat ihre Anklage zurückgezogen, dafür wird ein Teil der unter Chirac abgezweigten Gemeinde-Gelder von der bürgerlichen Regierungspartei UMP rückerstattet. Die Grünen haben diesen Deal kritisiert.
- Vor allem aber ignorierte die konservative Rathausmehrheit die längste Zeit die verheerenden Folgen des ausufernden Autoverkehrs, den Mangel an Grünanlagen, die Zerstörung traditioneller Pariser Stadtkultur und die neuen Ansprüche auf urbane Lebensqualität.

Am Anfang stand der Kampf um einen Park

Letzteres war der springende Punkt. Ich konnte das in meiner ersten Pariser Wohngegend, im zehnten Bezirk, beobachten.

Die Stadt Paris, über die wir heute sprechen, wird von einer Rundautobahn, dem so genannten „Périphérique“, umzäunt. Innerhalb dieses einschnürenden Autobahn-Rings ist Paris die dichtest bevölkerte Stadt Europas. Und innerhalb dieser Stadt war und ist der zehnte Bezirk einer der am dichtesten besiedelten Bezirke, der über die wenigsten Grünflächen pro Einwohner verfügt.

Als ich einzog, waren in vielen Strassen und Gassen die Gehsteige so eng und teilweise derartig von Autos überparkt, dass Mütter oder, gelegentlich, Väter mit Kinderwagen nicht durchkamen und auf die Fahrbahn ausweichen mussten. Ein breiter Boulevard, den Chirac in eine vierspurige Schnellstraße, eine so genannte „Rote Achse“, umgewandelt hatte, zerschnitt förmlich den Bezirk. Auf diesen „Roten Achsen“ waren die Parkplätze abgeschafft worden, aber nicht um Platz für Fußgänger oder Radfahrer zu gewinnen, sondern um den Autoverkehr „flüssiger“ zu gestalten und Tempolimits aufzuheben. Wodurch sich eine rasende Verkehrslawine durch den innerstädtischen Raum ergoss.

In diesem geplagten zehnten Bezirk gab es einen einzigen nennenswerten Park, den „Jardin Villemin“, der aber auch nur 15.000 Quadratmeter umfasste. Am Wochenende war er heillos überlaufen, Ältere Boccia-Spieler und halbwüchsige Kicker rivalisierten um spärliche Spielflächen, Kinder mussten sich endlos für einmal Schaukeln anstellen. Trotzdem wollte der bürgerliche Bezirksbürgermeister diesem, bereits unzulänglichen Park auch noch einen Teil seiner Fläche zugunsten eines Immobilienprojekts entreißen. Wie so oft in Paris steckte dahinter vermutlich eine Korruptionsaffäre: der Bauträger, der den Zuschlag bekommen hatte, war anderwärts bereits in Schmiergeldzahlungen an Rathausparteien verwickelt gewesen.

Dieses Immobilienprojekt aber führte zum Aufstand eines Teils der Anrainer – eine Entwicklung, die die Vorstellungskraft der damaligen bürgerlichen Kommunalpolitiker förmlich überstieg. Diese alteingesessenen Politiker hatten den generationsmäßigen, kulturellen und bildungsmäßigen Wandel eines gehörigen Teils der Ortsbevölkerung nicht wahrgenommen. Für sie waren die Aktivisten der Bürgerinitiative zur Erhaltung des Parks schlicht „linksradikale Querulanten“. Beamte der damaligen Staatspolizei („Renseignements généraux“) wurden auf die Anrainer angesetzt, um herauszufinden, für welche politische Organisation sie tätig wären.

Die gebildeten Mittelschichten beenden die Vorherrschaft der bürgerlichen Parteien

Aber in Wirklichkeit handelte es sich bei den Trägern dieser Bewegung um neue Einwohner aus der gebildeten Mittelschicht, Dienstleister, Lehrer, Angehörige von Sozialberufen, junge Familien, die in diese volkstümlichen Bezirke zu strömen begannen, weil hier die Wohnungen noch vergleichsweise erschwinglich waren. Teilweise ersetzten diese Zuzügler die zuvor angesiedelten Arbeiter, Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden und Rentner aus besagten Berufen.

Im Fall des „Jardin Villemin“ waren Anrainer immer wieder zur Stelle um den Park zu schützen. Sie verhinderten mehrfach das Ausheben von Baugruben

und Fällen von Bäumen. Schrittweise entwickelte sich auch ein Bündnis zwischen den Vereinen, die diesen Protest trugen, und der politischen Linksoption im Bezirksrathaus. An diesem Widerstand sollte nicht nur besagtes Immobilienprojekt, sondern auch, in weiterer Folge, die bürgerliche Mehrheit im Bezirksrathaus scheitern. Der zehnte Bezirk gehörte zum ersten Kreis der Pariser Bezirke, die der Linken anheimfielen. Der „Jardin Villemin“ wurde nicht nur gerettet, sondern unter der neuen linken Mehrheit im Bezirksrathaus auch rundum erneuert, erweitert und mit einer großen, frei begehbaren Liegewiese ausgestattet, die zum malerischen Kanal Saint Martin (einem Zubringer der Seine) abfällt. Weshalb heute das zusammengewachsene Grünareal zwischen dem „Jardin Villemin“ und den Ufern des Kanal Saint Martin zu einer beliebten Erholungsstätte für tausende Pariser geworden ist.

Es war die Symbiose zwischen der Nach-68er Generation, also den Bildungsschichten, die eine neue Lebensqualität in ihrem urbanen Umfeld einforderten, und den Linksparteien, die zur schrittweisen Verdrängung der bürgerlichen Rathausmehrheit führte.

Zum Teil stammten diese neuen Einwohner des volkstümlichen Nordostens von Paris aus traditionell bürgerlich wählenden Familien. Auf der Suche nach einer qualitativen Alternative waren Teile politisch nach links gedriftet. Andere waren bereits zuvor, im Zuge der Studenten- und Arbeiter-Revolution des Mai 1968 und der anschließenden Aufbruchphase in den Bann der Jugendbewegungen der Neuen Linken geraten.

In einer neuen Phase, ab den 1990er Jahren, führte der Abgang eines Teils der ehemaligen Arbeiter und kleinen Gewerbetreibenden aus dem Pariser Nordosten eher zur Schwächung der konservativen Parteien und entzog der rechtsrechten „*Front national*“ völlig den Boden.

Das lässt sich besonders gut am Beispiel meines jetzigen Wohnbezirks, dem zwanzigsten Pariser Bezirk, veranschaulichen: das war der Wahlkreis, in dem der historische Führer der „*Front national*“, Jean-Marie Le Pen, 1983 seinen ersten spektakulären Wahlerfolg feierte und sein erstes Abgeordnetenmandat errang. Inzwischen liegt im 20. Bezirk die „*Front national*“ bei 3,61 Prozent. Bei der letzten Kommunalwahl gelangte außerdem kein EINZIGER bürgerlicher Mandatar mehr in den Gemeinderat. Die Opposition besteht nur mehr aus abgespaltenen Sozialisten. Diese haben sich auf Initiative des ursprünglichen sozialistischen Bezirksbürgermeisters von ihrer Partei getrennt, weil die SP eine Quotenregelung zugunsten weiblicher Kandidaten durchgesetzt hat: für den 20. Bezirk wurde an stelle des bisherigen lokalen SP-Boss eine Frau als Spitzenkandidatin und damit als Chefin des Bezirksrathauses nominiert.

Erst errang die Linke die bei den Gemeindewahlen in den 1990er Jahren Bezirksrathäuser des Pariser Nordostens. Bei den Wahlen 2001 eroberte die Linke die Mehrheit der Pariser Bezirke und leitet seither die Gemeinde Paris unter dem SP-Bürgermeister Bertrand Delanoë. Dieser war übrigens einer der allerersten französischen Politiker, der sich zu seiner Homosexualität und seiner langjährigen Lebensgemeinschaft mit einem Mann bekannte – wohl auch ein Symptom für den Vormarsch der Kultur der Toleranz im Zuge der Dominanz der linken Mittelschichtler. Was sich auch in anderen europäischen Großstädten zeigte, man denke nur an den Berliner Bürgermeister, Klaus Wowereit, der ebenfalls seine Homosexualität vor der Öffentlichkeit nicht verbarg.

Bei den Gemeindewahlen 2009 konnte die Linke unter Delanoë ihren Sieg noch verbreitern. Die Vorherrschaft der Linken bestätigte sich auch bei den meisten übrigen Wahlen im Raum Paris – zuletzt bei den Regionalwahlen 2010, als die Linke fast 60 Prozent der Stimmen erreichte, wobei allein die Grünen unter ihrem Listenführer Daniel Cohn-Bendit auf fast 30 Prozent kamen.

Die einzige Ausnahme in diesem Wahltrend bildete der Sieg von Nicolas Sarkozy bei den Präsidentenwahlen 2007. Aber auch und gerade da zeigte sich bei genauerer Analyse der Ergebnisse in Paris, so wie in anderen, soziologisch ähnlich konstituierten urbanen Zentren, die Persistenz der neuen Verankerung der öko-sozialen Linken: in der abschließenden Stichwahl zwischen Sarkozy und der Sozialistin Ségolène Royal brachte es der bürgerliche Kandidat im Landesschnitt auf über 53 Prozent. Sarkozy feierte damit einen der höchsten Siege in der Geschichte französischer Präsidentenwahlen. In Paris hingegen fiel das Ergebnis mit 50,19 Prozent für Sarkozy und 49,81 Prozent für Royal extrem knapp aus. In den hier untersuchten nordöstlichen Bezirken von Paris errang Royal sogar einen überwältigenden Sieg mit fast 63 Prozent der Stimmen, der dem Landestrend in radikaler Weise zuwiderlief.

Sarkozy hatten damals in Paris jene Arbeiterwähler gefehlt, die neuerdings zwischen rechtskonservativ und rechtsaußen schwanken. Deren Stimmen hatte Sarkozy bei den Präsidentenwahlen 2007 mit nationalistischen Ordnungs-Parolen und dem Versprechen höherer Löhne durch Überstundenförderung gewonnen. Diese Versprechen konnte Sarkozy nicht einlösen: in der Krise verringerte sich die Zahl der Überstunden, die Arbeitslosenrate stieg wieder Richtung zehn Prozent, die Einkommen der Arbeiterfamilien stagnierten oder stürzten weiter ab. Laut Umfragen scheint sich das Segment der Arbeiterwähler, das 2007 für Sarkozy gestimmt hatte, wieder zur „*Front national*“ (FN) zu bewegen.

In der „*Front national*“ hat nunmehr Marine Le Pen, die 43 jährige Tochter des Parteigründers Jean-Marie Le Pen, die Führung übernommen. Während ihr heute 83 jähriger Vater immer wieder in eine deutliche, rechtsradikale Terminologie verfiel und seine nationalistischen Parolen mit einem

wirtschaftsliberalen Programm unterlegte, agiert seine Tochter vorsichtiger. Sie setzt auf eine Kombination zwischen nationalsozialen und wirtschaftsprotektionistischen Schlagwörtern, die sie gelegentlich mit anti-muslimischen Ausfällen unterlegt. Diese Attacken gegen die Muslime präsentiert sie wiederum als Verteidigung der säkularen Prinzipien der französischen Republik und gelegentlich auch als Verteidigung von Juden, Frauen und Homosexuellen, die tatsächlich, in einigen Migrantenvierteln, zur Zielscheibe von Angriffen wurden.

Aber in Paris, wo die „*Front national*“ zuletzt bei Wahlen auf rund drei Prozent geschrumpft war, erbrachten auch die jüngsten Umfragen, im Gegensatz zum Landestrend, keinen merklichen Anstieg der Rechtsaußen-Partei.

Diese tendenzielle, linksliberale und sozialgrüne Dominanz zeigt sich auch in anderen größeren Städten beziehungsweise Stadtkernen seit über einem Jahrzehnt. Sie ist allerdings im Pariser Osten auf Grund soziologischer Besonderheiten noch ausgeprägter als in anderen Städten.

Grenzenlose Wohnungsnachfrage in einer eingegrenzten Stadt

Um das zu verstehen, muss man auf die Stadtgeschichte zurückgreifen. Fast zeitgleich, als im 19. Jahrhundert in anderen europäischen Städten die letzten Schutzwälle abgetragen wurden, errichtete man in Paris, aus Angst vor den Preußen, neue Befestigungsanlagen. In Wien etwa wurde der „Linienwall“ (entlang des heutigen „Gürtels“), der 1704 gegen die so genannten „Kuruzen-Einfälle“ aus Ungarn errichtet worden war, an der Wende zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert außer Funktion gesetzt und 1893 endgültig abgetragen. In Paris hingegen wurden die so genannten „Fortifications“ noch 1841 erbaut und erst 1929 abgetragen.

Aber auch danach blieb diese Umrundung eine ziemlich hermetische Stadtgrenze mit vorgelagerten, sehr breiten Boulevards und anschließenden, verwilderten Brachen und Elendssiedlungen (an den Rändern von Paris gab es bis zu Beginn der 1970er Jahre Slum-artige Siedlungen von portugiesischen und nordafrikanischen Migrantinnen). Als dann, auf diesem Areal die bereits beschriebene Rundautobahn errichtet wurde, kam es zu einer, möglicherweise noch schärferen Grenzziehung. Es entstand eine kaum überbrückbare, betonierte räumliche Trennung zwischen der Stadt Paris und der „Banlieue“, also den Vororten. In der dermaßen umschnürten Stadt (die flächenmäßig etwa der Dimension von Graz entspricht) ist der Wohnraum entsprechend knapp und kaum mehr ausdehnbar.

In dieser Stadt, das wurde bereits erwähnt, gab es vergleichsweise wenig Sozialbauten, es hatte ja auch kein Rotes Paris in der Zwischenkriegszeit gegeben.

Gleichzeitig konzentriert Paris aber auch in extremerem Ausmaß als andere europäische Metropolen, auf Grund des historisch verankerten, staatlichen Zentralismus Frankreichs, sämtliche relevanten Ämter, Führungsstrukturen der Wirtschaft, Bildungsanstalten, Kultureinrichtungen.

Es herrscht also auf einer vergleichsweise geringen und nicht ausdehnbaren Fläche eine nie versiegende Nachfrage nach Wohnraum durch Einwanderer aus ganz Frankreich, und inzwischen auch aus der ganzen Welt.

Für die Spitzenkategorien unter den Globalisierungsgewinnern ist ein Zweitwohnsitz in Paris eine Prestigefrage. Paris bleibt auch eine der weltweit wichtigsten Touristenattraktionen. Viele Vermieter bieten ihre Wohnung lieber als Wochen-Apartment für Urlauber an, und entziehen damit weiteren Wohnraum der Ortsbevölkerung.

Wie in den meisten europäischen Großstädten gibt es eine hohe Scheidungsrate, und das erhöht auch die Nachfrage nach Kleinwohnungen, die vom Quadratmeterpreis her, vergleichsweise, viel teurer sind, als mittlere oder große Wohnungen.

Nichts konnte bisher diese Nachfrage bremsen, die den Wohnraum zunehmend unerschwinglich gemacht hat, und darüber hinaus alle Unternehmungen in Paris, von Restaurants über Kultur-Einrichtungen bis hin zum Sportanlagen ebenfalls verteuert. Vor allem aber zehrt inzwischen die Wohnungsnot auf gefährliche Weise am Pariser Wirtschafts- und Sozialgefüge.

Verkehrberuhigung, Gemeinschaftsgärten, Basisdemokratie

Wie eingangs bereits umrissen, sind in einer ersten Phase hauptsächlich jüngere Einwohner mit Kindern, die eher dem weniger begünstigten Segment der Mittelschicht angehörten, aus Paris schrittweise ausgezogen. Viele haben ihren Traum vom Einfamilienhaus, oft in Reihensiedlungen, verwirklicht. Viele haben die näheren Vorstädte mit ihren abgewohnten großen, sozialen Wohnblock-Siedlungen geographisch übersprungen und sich in einem sehr weit gelegenen Umkreis nieder gelassen. Was sich inzwischen, wegen der hohen Transport- und Energiekosten, als materielle Falle erweist und zu einer ökologisch problematischen Zersiedelung geführt hat.

An Stelle dieser Aussiedler sind, immer noch in einer ersten Phase, die gebildeteren Mittelschichten in die volkstümlichen Pariser Viertel eingezogen:

Berufstätige aus dem Dienstleistungssektor, dem Bildungswesen, dem Gesundheitsdienst, den Sozialbereichen, den Kulturinstitutionen, den *Startup*-Unternehmen der Hightech-Branche. Dazu Studenten, alleinerziehende Mütter ebenfalls eher aus der Bildungsschicht und Familien mit wenigen Kindern.

Die linksökologische Rathausmehrheit hat den Erwartungen dieser Bewohner weitgehend entsprochen. Für Pariser Verhältnisse gab es enorme Fortschritte bei der Verkehrsberuhigung, bei der Wahrung und Sanierung von Althausbestand, bei der Verbreitung und Diversifizierung von Grünanlagen sowie der Förderung eines noch nie dagewesenen Netzes an Kulturinitiativen in den volkstümlichen Vierteln.

In vielen Teilen von Paris gedeihen die so genannten „Jardins partagés“ (Gemeinschaftsgärten): auf Initiative von Anrainern werden in Baulücken, Brachen und entlang stillgelegter Gleisanlagen einer vormaligen Vororte-Bahn kollektive Gärten gepflegt, Pflanzen und Gemüse gemeinsam angebaut, regelmäßig Gemeinschaftstreffen und Multikulti-Feste veranstaltet.

Meistens wurden diese Veränderungen durch eine bemerkenswertes Zusammenspiel zwischen einer Vielzahl von Vereinen (aus den Bereichen Soziales, Umwelt, Mieterschutz, Obdachlosenhilfe, Jugendbetreuung, Frauenbewegung, Senioren, Migration) und den linken Rathauspolitikern ermöglicht und begleitet. Allerdings birgt diese ausgeprägte französische Vereinskultur auch Abgleitflächen: Die Subventionsvergabe fördert stellenweise pfündewirtschaftliche Phänomene im Vereinswesen.

Unter dem Sichtwort Professionalisierung und Effizienzsteigerung sind auch die linken Rathauspolitiker dazu übergegangen, privatwirtschaftlich orientierte Organisationen mit kommunalen, kulturellen und sozialen Betreuungs-Maßnahmen zu beauftragen (an Stelle gemeindeeigener Institutionen wie etwa den Jugendzentren und ihrer Betreuerteams, oder traditioneller Vereine, die meistens nur über sehr wenige, hauptamtliche Mitarbeiter verfügen). Aber das Engagement dieser – kommerziellen – Akteure ist stellenweise viel zu oberflächlich, ihre Aktionen können im Endeffekt den Gemeinden teurer kommen als der Einsatz der öffentlichen Strukturen. Dabei droht naturgemäß die Entwicklung von Seilschaften zwischen Amtsträgern und privaten Absahmern. Bisher zeichnete sich freilich die Pariser Kommunalpolitik seit Amtsantritt von Bertrand Delanoë durch eine deutliche Zunahme von Transparenz und öffentlicher Kontrolle aus. Die Privilegien der Rathausoberen und der Nepotismus, die unter Chirac und Tiberi Gang und Gebe waren, wurden tatsächlich abgeschafft. Delanoë und seine Bezirksbürgermeister geben regelmäßig auf Bürgerversammlungen in allen Bezirken Rechenschaft über ihre Amtsführung.

Eine wesentliche Stütze der linksökologischen Rathauspolitik ist die sogenannte „Democratie participative“ (sinngemäß: Demokratie unter aktiver Teilnahme der Bürger). Ein entsprechendes Gesetz wurde von einer französischen Linksregierung 2001 beschlossen. Demnach tagen in jedem Stadtviertel so genannte „Conseils de quartiers“ (Viertel-Räte): auf frei zugänglichen Versammlungen können Bewohner alle anstehenden Probleme erörtern: ob Bauprojekte, Straßenerneuerung, Förderung von Geschäftsniederlassungen, Sicherheit, öffentliche Beleuchtung oder Maßnahmen gegen Drogendealer. Der Stadtviertel-Rat sendet seinerseits Vertreter in einen übergreifenden Rat auf Bezirksebene. Dieser steht den gewählten Kommunalpolitikern bei ihren Entscheidungen zur Seite. Die Politiker müssen auf die Vorschläge bzw. die Kritik dieser Stadtviertelräte zumindest reagieren. Alle Beratungen und Beschlüsse der Stadt-Viertel-Räte werden veröffentlicht.

Darüber hinaus gibt es Beiräte für Migranten, die die Einwanderer repräsentieren sollen, die nicht aus EU-Staaten stammen und daher über kein kommunales Wahlrecht verfügen (die Linksparteien fordern das Wahlrecht auf Gemeinde-Ebene für alle Migranten mit ständigem Wohnsitz vor Ort).

Rotgrüne Erfolge mit paradoxen Folgen

An dieser Stelle drängt sich freilich eine paradoxe Frage auf: War diese Politik der linken Stadtverwaltung zu Gunsten der Erhöhung der urbanen Lebensqualität am Ende gar „zu“ erfolgreich. Mit dieser Fragestellung wende ich mich nicht gegen diese Politik, der ich im Großen und Ganzen zustimme. Man kommt aber nicht umhin über die widersprüchlichen, nicht erwünschten Folgen dieser Politik nachzudenken: so hat dieser Rathauskurs, indem er eben die Attraktivität etlicher Viertel ungemein erhöht hat, AUCH zum Anstieg der Immobilienspekulation beigetragen. Was wiederum dem sozialen Verdrängungsprozess teilweise noch mehr Auftrieb verschafft hat.

Der Quadratmeterpreis in den volkstümlichen Pariser Vierteln hat beim Wohnungskauf inzwischen vielfach die 10.000 Euro-Marke erreicht. Soeben sind im elften Pariser Bezirk, einer vormaligen Arbeiter- und Handwerkergegend, im Rahmen eines neuen Immobilienprojekts fast alle angebotenen Wohnungen um durchschnittlich 13.000 Euro pro Quadratmeter binnen weniger Stunden verkauft worden. In den letzten zehn Jahren stiegen die Wohnungspreise um 140 Prozent, das durchschnittliche Einkommen der Haushalte um nur 24 Prozent.

Diese Verteuerung des Wohneigentums schlägt auf die Mieten durch. Wie schon erwähnt, sind die kleinen Wohnungen, die von jüngeren Durchschnittsverdienern in Paris noch ins Auge gefasst werden können, pro

Quadratmeter vergleichsweise teurer als größere Mietobjekte. Für eine Absteige von 20 Quadratmetern muss man stellenweise 800 Euro monatlich hinlegen.

Unter den Folgen dieser Entwicklung möchte ich drei Punkte hervorheben:

- Immer mehr Behörden, Polizei, Spitäler, Altersheime, Schulen finden keine erschwinglichen Unterbringungsmöglichkeiten für ihre Bediensteten der unteren Gehaltsklassen. Auch Gewerbetreibende, etwa Friseure, klagen über Lehrlingsmangel wegen der horrenden Mieten. Ich kenne junge Arbeitnehmer, die in Paris eine regelmäßige Beschäftigung gefunden haben, die aber mangels Unterkunft abwechselnd bei Freunden und in ihrem Auto übernachten müssen.
- Viele Menschen, die in Paris arbeiten, müssen immer längere und kompliziertere Anfahrten in Kauf nehmen. Unter den Leidtragenden befinden sich vor allem Frauen, die als Krankenschwestern oder Pflegerinnen in Pariser Spitälern und Seniorenheimen arbeiten, als Reinigungskräfte in Hotels und Verwaltungen, an den Kassen und in den Regalen der Supermärkte, mit extrem flexiblen Arbeitszeiten, die den Tagesablauf förmlich zerschneiden. Das sind oft Migrantinnen und Alleinerzieherinnen, die aus entfernten Vororten hereinkommen, aus Siedlungen, die oft über keine zufriedenstellende Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz verfügen. Das bedeutet aber auch, dass diese Menschen, ob Mütter oder Väter, kaum mehr Zeit für ein geordnetes Familienleben haben, und das hat wiederum Auswirkungen auf deren Kinder, die nur mangelhaft im Elternhaus beaufsichtigt und betreut werden können. Das ist wohl ein Faktor, der zur Jugendverwahrlosung und Jugendgewalt in den Vorstadtsiedlungen beiträgt.
- Auch ein Teil jener gebildeten Mittelschichtangehörigen, Dienstleister und Studenten, die in der ersten, von mir beschriebenen Phase, noch in die ehemals volkstümlichen Pariser Vierteln einziehen konnten, finden inzwischen auch dort keine für sie finanziell verkraftbare Bleibe. Das gilt vor allem, wenn sie heiraten und/oder Kinder bekommen. Einerseits wegen der galoppierenden Verteuerung und Verknappung des Wohnraums. und andererseits weil ja die zunehmend prekären Anstellungsverhältnisse, darunter endlose, kaum bezahlte Praktika, jetzt auch dieses Segment der Mittelschicht schwer belasten.

Die linke Stadtverwaltung versucht dieser Herausforderung Herr zu werden: Einerseits hat die Gemeinde Paris in den letzten Jahren größte Anstrengungen unternommen, um abgewohnte Altbauten zu restaurieren oder zu entkernen, und in Sozialwohnungen umzuwidmen. In Baulücken sind vielfach architektonisch hervorragende und energiesparende soziale Wohnhäuser entstanden. Wo es nur möglich war, ist Baugrund genützt worden, aber der ist, wie gesagt, spärlich und

teuer. Außerdem kann die Errichtung von neuen Sozialbauten mit dem Wunsch nach Bewahrung oder Erringung neuer Grünflächen in Konflikt geraten.

Die Stadtverwaltung zwingt inzwischen private Immobilienfirmen, 15 Prozent ihres jeweiligen Bauprojekts Sozialwohnungen vorzubehalten. Dafür gibt es eine gesetzliche Handhabe. Das Problem ist freilich, dass unter dem Begriff Sozialwohnung auch Mietobjekte firmieren können, die mit 17 Euro pro Quadratmeter für die meisten Wohnungssuchenden unerschwinglich bleiben.

Insgesamt hat Paris freilich, gemessen an den vorher beschriebenen objektiven Hindernissen, im Bereich des Sozialbaus enorm aufgeholt: im Eingangs beschriebenen zehnten Bezirk etwa, wo eine extreme Grundknappheit herrscht, wurden der Sozialwohnbestand seit Antritt der Linken, also innerhalb eines Jahrzehnts, quasi verdoppelt.

Ein weiteres Mittel zur Bekämpfung der Wohnungskrise und Immobilienspekulation besteht in der zunehmenden Entkesselung von Paris. Das heißt: die Rundautobahn um Paris wird mit Wohnanlagen, Grünzonen und Sportanlagen überbaut. Also die Grenze, die bisher die Stadt abschnürte, wird überbrückt, um den Nachfragedruck auf das innerstädtische Paris zu lockern und die nahen Vororte tendenziell einzugemeinden. Das erfordert aber gigantische Investitionen und kommt folglich nur langsam voran.

Die chinesische Migration als Feuermelder in drei Beispielen:

1) Wirtschaftliche Monokultur ersetzt Nahversorger

Eine weitere Herausforderung für die linke Rathausmehrheit ist der Umgang mit den Unternehmensgründungen und kommerziellen Bemühungen von Migranten aus Südostasien. Die Initiativen dieser Einwanderer haben die innerstädtische Wirtschaft angekurbelt und maßgeblich dazu beitragen, dass die Stadt nicht zu einem bloßen Museum verkommt.

Paris gilt heute als „größte chinesische Stadt Europas“. Keine andere europäische Metropole beherbergt einen derartig hohen Anteil an Personen mit Wurzeln in Südostasien. Gleich mehrere Viertel sind chinesisch (mit-)geprägt, ohne dass man von ausgesprochenen „China-Towns“ reden könnte. Chinesische Familienunternehmen haben, unter anderem, dem zuvor angeschlagenen traditionellen Pariser Textilviertel, dem „Sentier“, wieder eine gewisse Dynamik verliehen. Sie haben darüber hinaus in weiteren Pariser Gegenden serienweise Unternehmen für Großhandel und Verarbeitung von Textilien und Lederwaren errichtet, und, nach dem gleichen Muster, Verkaufsmöbel für Computer und Informatik-Zubehör etabliert.

Das wirft auch Probleme auf: diese Vierteln, die heute gleichzeitig das Areal der zugezogenen, gebildeten Mittelschichtler sind, leiden unter dieser Art von wirtschaftlicher Monokultur. Die Handelsbetriebe und Werkstätten treten an die Stelle der traditionellen Pariser Nahversorger wie Metzger, Obstgeschäfte, Kreisler, Bistros. Asiatische Migranten, gestützt auf ein familiäres und landsmannschaftliches Spar- und Solidarsystem und teilweise auch durch Kredite aus dem Unterweltemilieu, bieten für den Ankauf örtlicher Geschäftslokale oft Höchstpreise. Diese werden zum Teil in Bar, mit Schwarzgeldern, entrichtet.

Allerdings würden die meisten dieser traditionellen Pariser Gewerbebetriebe, die im Visier chinesischer Ankäufer stehen, sowieso schließen, und zwar auf Grund ihrer mangelnden Rentabilität, der Überalterung ihrer Betreiber, und weil sich eher wenig junge Franzosen finden (egal ob deren Familien alteingesessen sind oder einen frischeren Migrations-Hintergrund aufweisen), die mit der Fortführung dieser Unternehmen, unter den gegebenen Geschäftsbedingungen in diesen Wirtschaftszweigen, zurecht kommen würden. Diesbezüglich zeigte sich sogar, dass die traditionelle Nahversorgung in vielen Pariser Vierteln von Einwanderern gerettet wurde: oft waren es ausschließlich Migranten-Familien aus Nordafrika und neuerdings überwiegend aus Südostasien, die imstande waren, darbende Bistros und Nahversorgungsbetriebe (namentlich Bäckereien und Kreisler) zu übernehmen und weiterzuführen – eben weil sie eine familiär gestützte Opferbereitschaft (man könnte auch sagen: Selbstaubeutung), ein entsprechendes Durchhaltevermögen und transnationale Ressourcen mobilisieren.

In den Straßenzügen, die von chinesischen Grossisten fast vollständig übernommen wurden, leiden die Anrainer freilich oft unter erheblichen Alltags-Belästigungen: LKW-Lieferungen rund um die Uhr, Gehsteige voll mit Abfall, Lärm durch Tag- und Nacharbeit, illegale Werkstätten in Wohnhäusern mit brenzligen elektrischen Anlagen.

Auch da haben Kommunalpolitiker versucht gegenzusteuern, teilweise mit halblegalen Mitteln: in meiner Wohngegend ist beispielsweise der systematische Aufkauf von traditionellen Lebensmittelgeschäften durch Vorsprache von Gemeindebeauftragten sowie Gewerbe- und Steuerkontrollen begrenzt worden. Die Behörden können auch unter gewissen Voraussetzungen ein Vorverkaufsrecht nützen.

Aber grundsätzlich sind da Marktkräfte am Werk, die man nicht ersatzlos wegeregimentieren kann, eben auch weil sie die ökonomischen Lebensadern der Stadt bilden – bloß dass sich ihre extrem flexiblen, halb-legalen Überlebensmechanismen mit der sauberen und ruhigen, verkehrsarmen und grünen Ambiente, die die Mittelschichtwähler der Linken erwarten, nicht so

leicht auf einen Nenner bringen lassen. Im übrigen stellt sich diese Problematik auch in Hinblick auf die sich ausbreitenden neuen Unterhaltungsmeilen mit ihren Musikkneipen und trendigen Neobeisln, die von den selben jungen Mittelschichtlern geschätzt werden, so lange diese Lokale nicht direkt unter ihren Fenstern eröffnet werden.

2) Ausbreitung der „Elendsmärkte“

Ich möchte an dieser Stelle eine weitere Problematik erörtern, die für die linke Stadtverwaltung gerade in ihren nordöstlichen Kernbezirken eine beträchtliche Herausforderung darstellt, und die ebenfalls mit der Migration aus Südostasien – teilweise – verbunden ist. In den allerletzten Jahren sind so genannte „Marchés de la misère“ (Elendsmärkte) entstanden: unangemeldete Flohmärkte ärmster beziehungsweise verarmter Bevölkerungsteile, die sich auf diese Weise durchzuschlagen versuchen. Ursprünglich waren es hauptsächlich Migranten aus Asien, inzwischen sind auch Roma und andere Osteuropäer, Maghrebiner, Afrikaner und auch französisch-stämmige Rentner dazugekommen.

Zum Teil wird auf diesen informellen Flohmärkten der verwertbare Abfall aus reicheren Vierteln und Wohnanlagen feil geboten. Chinesen und Roma durchpflügen nachts mit Einkaufswägelchen die Stadt auf der Suche nach weggeworfenen Gegenständen und Lebensmitteln, die sie verkaufen können. Teilweise werden auf diesen Märkten Lebensmittel weit jenseits ihrer Verbrauchsfrist verkauft, es wird mit Schmuggelgut und gestohlener Ware gehandelt.

Diese Märkte ufern jetzt gerade in den volkstümlichen Bezirken aus, auf den Boulevards und Plätzen, die die linke Stadtverwaltung endlich verkehrsberuhigt und begrünt hat. Es sind also vornehmlich jene urbanen Räume, die die linke Stadtverwaltung dem Chaos und Lärm des Autoverkehrs entrissen hat, die zu Attraktionspunkten für die Elendsmärkte werden. Stellenweise etablieren sich diese Märkte auch an den Toren von sozialen Wohnblock-Siedlungen, wo Einwohner und Bezirksräte seit Jahren einen mühsamen Kampf für die Verschönerung und Säuberung der Wohnanlagen führen.

Die Anrainer klagen über die Nebeneffekte: Unratsanhäufung auf Gehsteigen und vor Hauseingängen, Hygiene-Probleme, Behinderung der Passanten, auch Einschüchterungen, Schlägereien, Diebstähle. Dealer und Drogenkonsumenten brechen Eingangstore angrenzender Gebäude auf und nehmen die Eingangshallen in Beschlag.

Die Polizei verjagt regelmäßig diese informellen Händler, konfisziert und vernichtet die ärmlichen Waren. Aber die Händler kommen zurück, es ist ihre Überlebenschance. In einigen Fällen haben Jugendliche aus sozialen

Wohnblock-Siedlungen diese Elendshändler mit Gewalt aus ihrer Umgebung vertrieben. Registrierte Händler der fix etablierten, offiziellen Flohmärkte des Pariser Stadtrands haben ebenfalls die Märkte der informellen Händler attackiert, sofern sich diese in ihrer Nähe ausbreiteten.

Grüne Gemeindepolitiker haben versucht, diese informellen Flohmärkte im Verbund mit Komitees der fliegenden Händler in einem verträglichen Rahmen zu gestalten. Es wurden Plätze, eine – begrenzte - Teilnehmerliste und die anschließende Säuberung des Orts vereinbart. Aber durch den Andrang der informellen Händler hat das nur stellenweise geklappt.

Die sozialistischen Kommunalpolitiker haben sich ihrerseits klar für die Forderungen der Anrainer entschieden. SP-Bezirksbürgermeister haben Demonstrationen von Anrainern und offiziellen Flohmarkt-Händlern gegen die informellen Märkte angeführt. Die SP-Bezirkspolitiker beschuldigen das Pariser Polizeipräsidium (das der bürgerlichen Staatsführung untersteht), die Sicherheit und Ordnung in den volkstümlichen Vierteln absichtlich zu vernachlässigen, um die linke Stadtverwaltung vor unlösbare Probleme zu stellen und zu schädigen.

Unter den Linksparteien ist eine bisher eher vage Diskussion über die Möglichkeit im Gange, die informellen Flohmarkthändler in eine, noch zu gründende, kommunale Institution für „Wiederverwertung gebrauchter Waren“ einzubinden. In Frankreich gibt es ein bedeutendes Netz an Unternehmen, die der „Economie sociale et solidaire“ angehören: das sind oft genossenschaftliche Betriebe, die die internen Gehaltsunterschiede begrenzen, Mit- bzw. Selbstbestimmung der Arbeitnehmer praktizieren und Personen, die anderwärts ausgegrenzt werden, beschäftigen.

3) Chinesische Migranten als Zielscheibe der Jugendkriminalität

Wir kommen zu einer Thematik, die wiederum in Zusammenhang mit der Migration aus Südostasien steht. Wie auch bei den vorher dargestellten Problemfeldern, geht es dabei weniger um den spezifischen Charakter eines Teils der asiatischen Einwanderung, sondern darum dass sich diese sozial durchaus weitgestreute Migration als eine Art Katalysator für Probleme erweist, die sich auch ohne ihrer Präsenz ergeben würden und bei weitem nicht nur Angehörige dieser Einwanderergruppe betreffen.

Diese Rolle als Feuermelder für gefährliche Entwicklungen erfüllt die Migration aus Südostasien, weil sie eine zentrale Stelle im neuen Pariser Sozialgefüge eingenommen hat. Wie wir schon vorher gesehen haben, steht dieses Einwanderermilieu an der Schnittstelle zwischen krasser Armut und radikaler wirtschaftlicher Dynamik. Die chinesische Migration wirkt folglich als hoch sensibler Resonanzboden für gesellschaftliche Spannungen.

Erst kürzlich, Mitte Juni, gab es eine Demonstration tausender chinesischer Bewohner des Pariser Nordostens unter dem Slogan: „Freiheit, Brüderlichkeit, Gleichheit UND Sicherheit“ (in Anlehnung an die offizielle Devise der französischen Republik: „Liberté, Fraternité, Egalité“). Der Anlass: ein junger Franko-Chinese liegt seit Wochen im Koma im Spital. Er war schwer verletzt worden, nachdem er versucht hatte, Burschen zu fotografieren, die eine Frau beraubt hatten. Der Vorfall trug sich vor einem chinesischen Restaurant, am Ende einer Hochzeitsfeier, zu. Die Täter waren Jugendliche aus afrikanischen und arabischen Familien.

Genau vor einem Jahr gab es bereits einen ersten derartigen Aufmarsch tausender Chinesen in Belleville, dem wichtigsten Migranten- und Chinesenviertel des Pariser Nordostens. Auch damals war es zu einem Überfall von Jugendlichen auf Gäste einer chinesischen Hochzeit gekommen. Wobei ein chinesischer Restaurateur auf die Angreifer geschossen hatte und daraufhin in Haft kam.

Junge Franko-Chinesen hatten am Rande der vorjährigen Demonstration junge franko-afrikanische und franko-arabische Schaulustige verprügelt. Chinesen und vor allem Chinesinnen klagen darüber, dass sie häufig von Jugendlichen aus afrikanischen und arabischen Familien überfallen werden. Illegale Einwanderer aus Südostasien, darunter viele Frauen, die sich als Prostituierte durchschlagen, wagen es nicht bei der Polizei Anzeigen zu erstatten, aus Angst abgeschoben zu werden. Auch ist die Wahrscheinlichkeit, bei einem Raubüberfall auf einen chinesischen Migranten eine relevante Bargeldsumme zu erbeuten höher als bei den meisten anderen Pariser Bewohnern – die Franzosen benützen bereits seit Jahrzehnten überwiegend Schecks und Kreditkarten als Zahlungsmittel im Alltag. Chinesische Migranten tragen öfters Bares bei sich wegen des bereits angeschnittenen existenziellen Kontextes: Illegaler Aufenthalt, Arbeit in der Schattenwirtschaft, doppelte Buchführung in so manchen Familienbetrieben, Schwarzgelder aus landsmannschaftlichen Schleppernetzen.

Als Reaktion auf die Demonstrationen der Chinesen wurden in Bezirkskommissariaten die Bedingungen für das Erstellen einer Anzeige durch asiatische Migranten erleichtert, teilweise stehen Dolmetscher zur Verfügung. Linke und bürgerliche Politiker, darunter Innenminister Claude Guéant, die im wahrsten Sinn des Wortes rechte Hand von Präsident Sarkozy, zeigten sich solidarisch gegenüber den Anliegen der chinesischen Demonstranten.

Als Organisatoren der beiden Demonstrationen waren ausschließlich chinesische Vereine und mit ihnen verbundene franko-chinesische Unterstützerkomitees in Erscheinung getreten. An der letzten Demonstration

nahmen auch vereinzelt Vertreter aus Anti-Rassismus-Vereinen, darunter Persönlichkeiten mit afrikanischen und arabischen Familienhintergrund, teil. Diese bemühen sich um einen Brückenschlag zwischen den Franko-Chinesen und den übrigen Bewohnern mit Migrationshintergrund. Maghrebinische Einwohner und Unternehmer in Belleville unterstreichen, sie würden ebenfalls unter der Jugendkriminalität leiden. Ursprünglich hatten sich Ersteinwanderer aus Südostasien, Nord- und Schwarzafrika in gemeinsamen Komitees zur Erlangung von Aufenthaltsgenehmigungen vereint und spektakuläre Demonstrationen sowie Hungerstreiks gemeinsam durchgeführt.

Tendenziell besteht aber die Gefahr anhaltender Spannungen zwischen chinesischen Migranten in den volkstümlichen Pariser Bezirken und einem Teil der franko-afrikanischen und franko-arabischen Jugendlichen aus den sozialen Wohnblock-Siedlungen des Stadtrands. Unter den chinesischen Migranten überwiegt der Ruf nach härterem Durchgreifen der Polizei und Justiz. Jugendliche aus afrikanischen und arabischen Familien klagen hingegen häufig über demütigende Dauerkontrollen und Übergriffe durch die Polizei.

Der Absturz der sozialen Wohnblock-Siedlungen an den Stadträndern

Hinter diesen Spannungen steht ein verhältnismäßig kleiner aber wachsender Teil der Halbwüchsigen aus den sozialen Wohnblock-Siedlungen dies- und jenseits des Pariser Stadtrands. Diese sind meistens am Schulsystem gescheitert und in eine gewaltschwangere, kriminelle Subkultur abgedriftet.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist das Wegbrechen der traditionellen Industrie-Unternehmen im Pariser Raum, die verbliebenen, meistens höchst prekären und schlecht bezahlten Jobangebote und die damit einhergehende Zerrüttung der Familien. Mehrere Großbau-Siedlungen haben sich in soziale Ghettos verwandelt, in denen vor allem arabisch und afrikanischstämmige Familien festsitzen. Viele junge Menschen aus diesen Familien und Siedlungen scheitern bei ihren Versuchen außerhalb Fuß zu fassen. Obwohl gesetzlich verboten und von einer eigenen staatlichen Kommission ansatzweise bekämpft, grassiert die Diskriminierung der jungen Franko-Araber und Franko-Afrikaner bei der Job- und Wohnungsvergabe. Ein Phänomen, das durch die Wirtschaftskrise nur noch verschärft wurde.

Durchorganisierte Drogenbanden kontrollieren einige dieser Großbau-Siedlungen und halten einen Teil ihrer Einwohner auf diese Weise über Wasser. Polizeistreifen werden stellenweise mit Wurfgeschossen empfangen. Festnahmen lösen immer wieder Minirevolten aus und können nur durchgeführt werden, wenn Polizeitrupps in Mannschaftsstärke anrücken. Halbwüchsige

legen auch mal Brände, nur um die Feuerwehr herbeizulocken, zu attackieren und schließlich der nachrückenden Polizei eine Straßenschlacht zu liefern.

Polizei und vor allem die Sonder-Truppen der CRS („Compagnies républicaines de sécurité“), die unter Präsident Sarkozy immer wieder in den Vororten zum Einsatz kommen, gebärden sich ihrerseits stellenweise wie Besatzertruppen mit willkürlichen Festnahmen und Übergriffen.

Die Linksopposition wirft Präsident Sarkozy vor, er habe die Kriminalität und Unsicherheit nur noch verstärkt: und zwar indem er, gleich nach seiner Amtsübernahme 2007, die so genannte „Nahbereichspolizei“ abschaffte (die die vormalige Linksregierung eingeführt hatte) und indem er, später, Posten bei der Polizei massiv abbauen ließ. Ein Stellenabbau, der die sozialen Krisenzonen, in denen bereits vorher vergleichsweise weniger Polizisten zur Verfügung standen, besonders hart traf.

Kürzlich, Anfang Juni, kam vom einzigen grünen Bürgermeister einer Vorstadt in der sozialen Krisenzone nördlich von Paris ein Aufschrei der Hilflosigkeit: Stéphane Gatignon, Bürgermeister von Sevrans, forderte, die französische Armee möge „Blauhelme“ in seine Gemeinde entsenden, um die wiederholten Feueregefechte zwischen Drogenbanden zu verhindern. Die Polizei, die sogar mit Hubschraubern die Gegend überwacht, würde „nicht genügen“, beteuerte Gatignon.

Der grüne Bürgermeister dürfte diese Forderung nicht ganz ernst gemeint, sondern eher als Versuch verstanden haben, Regierung und Öffentlichkeit aufzurütteln. Der Anlass: Vermummte Burschen hatten von einem Motorrad aus einen PKW unter Beschuss genommen – in unmittelbarer Nähe einer Volksschule, wo Kinder und Lehrer aus dem Schulhof flüchten und in den Innenräumen Schutz suchen mussten. Daran sind sie schon gewöhnt, nachdem mehrmals in der Umgebung dieser Schule in den letzten Wochen Schüsse gefallen waren.

Gatignon, ursprünglich ein Kommunalpolitiker der Kommunistischen Partei, steht in seiner Gemeinde an vorderster Front: seine Stadt umfasst mehrere „Zones urbaines sensibles“ (ZUS – so die amtliche Bezeichnung der Viertel mit den schwerwiegendsten Sozial- und Sicherheits-Problemen).

Vorstadtkriminalität: Scheitern von Sarkozy, prekäre Erfolge der Linken

In den 751 als ZUS eingestuften Siedlungen am Rande der französischen Städte leben fünf Millionen Einwohner, rund sieben Prozent der

Gesamtbevölkerung. Allerdings bilden die Unter-25-Jährigen 40 Prozent der ZUS-Bewohner, ihr Anteil ist doppelt so hoch wie im Landesschnitt.

Laut amtlichen Angaben beläuft sich in diesen Zonen die Arbeitslosenrate auf 18,6 Prozent, sie ist also ebenfalls fast doppelt so hoch wie die gegenwärtige, landesweite Arbeitslosenrate von fast zehn Prozent. Das gleiche gilt für die Arbeitslosenrate der Jugendlichen (die in Hinblick auf die Gesamtzahl der 15 bis 25 Jährigen berechnet wird, die keine Bildungseinrichtung mehr besuchen): diese beläuft sich in den ZUS auf 40 Prozent (und 43 Prozent bei jungen Männern), also wiederum doppelt so hoch wie der Landesschnitt der Jugendarbeitslosigkeit, der sich immerhin auf über 20 Prozent beläuft (einer der höchsten Anteile in der EU). Als Folge der jüngsten Wirtschaftskrise gilt dieser besonders hohe Prozentsatz an jungen Beschäftigungslosen neuerdings auch für jene Jugendlichen in den ZUS, die ihren Bildungskursus mit einem Diplom erfolgreich beendet haben.

Diese Entwicklung hat nicht nur die Ausbreitung des Drogenhandels als Erwerbsquelle begünstigt, sondern auch eine Verschärfung der Konflikte um Kunden, Lieferungen und Standplätze in den sozialen Wohnblock-Siedlungen verursacht. Der Kampf zwischen den Dealerbanden wird nunmehr mit Schnellfeuerwaffen ausgetragen, die aus dem Balkan in großer Zahl in die Stadtrandsiedlungen geschmuggelt wurden. In einigen Wohnblöcken kontrollieren die Dealer förmlich alle Ein- und Ausgänge, Besucher müssen sich von ihnen filzen lassen.

Die von Sarkozy angeordneten spektakulären Großeinsätze von Polizeitruppen in einzelnen sozialen Wohnblock-Siedlungen haben sich auf die Dauer als unwirksam erwiesen: die kurzfristig festgenommen Dealer werden schnell ersetzt, ihre Organisation steht rasch wieder auf den Beinen und wechselt bestenfalls ihren Standplatz von einem Siedlungs-Gebäude zum Anderen.

Mit dem Einzug von bewaffneten Bandenfehden, die denen in US-Ghettos ähneln, geht auch eine vergleichbare, aber in Frankreich ungewöhnliche politische Abstinenz einher: in den betroffenen sozialen Wohnblock-Siedlungen schritt in den letzten Jahren nur mehr eine Minderheit zu den Wahlurnen.

In der Nachbarschaft der sozialen Wohnblock-Siedlungen nährt Sarkozys Scheitern bei der Kriminalitätsbekämpfung und Jugendgewalt einerseits die „*Front national*“. Andererseits haben auch linke Gemeindepolitiker diesbezüglich eine gewisse Glaubwürdigkeit errungen. Linke Politiker hatten sich von Anfang an dem reinen Repressionskurs und den rabiatischen Ankündigungen von Sarkozy eher widersetzt. In etlichen, von den Sozialisten verwalteten Gemeinden gelang es durch ein engmaschiges Netz aus immer besser ausgebildeten Mediatoren und Jugendbetreuern den Vandalismus und die

Jugendgewalt in Grenzen zu halten, manchmal sogar zu senken. Diese Erfolge bleiben prekär, sie betreffen auch eher jene Orte und Segmente der Bevölkerung, die noch nicht komplett in die organisierte Kriminalität abgeglitten sind.

Die linken Gemeindepolitiker stehen vielfach für eine flexible Mischung aus Vorbeugung und Repression durch eine entsprechende Vernetzung zwischen Mediatoren, Lehrern, Elternvereinen, vor Ort verankerter Polizei und Justiz. Dieser Kombi-Kurs hat jetzt auch bei einem Teil jener bürgerlichen Kommunalpolitiker Anklang gefunden, die ebenfalls soziale Krisenzonen verwalten. Sogar Sarkozy, der anlässlich seiner anfänglichen Abschaffung der Nahbereichspolizei einen ihrer Fürsprecher, einen Kommissar in der Stadt Toulouse, vor laufenden TV-Kameras verhöhnt hatte („Die Polizei ist nicht dazu da, mit Rowdys Fußballspiele zu veranstalten“), versucht jetzt wieder eine ähnliche, örtlich erfahrene und vernetzte Polizei unter einer neuen Bezeichnung in den Vororten zu verankern – was aber auf die Schnelle und mit geringeren Mitteln kaum funktioniert.

Auf die Dauer wird die von der Linken praktizierte, kommunalpolitische Bewältigung der Spannungen in den Stadtrandsiedlungen freilich nicht reichen, sollte eine Meisterung der gesamtwirtschaftlichen Strukturkrise ausbleiben. Damit steht und fällt auch letzten Endes die Tragfähigkeit des Modells, an dem die rotgrüne Stadtverwaltung in den volkstümlichen Vierteln des Pariser Nordostens arbeitet.